

Globalisierung

Globalisierung: Selten hat ein Begriff so rasch und nachhaltig Karriere gemacht. Er fasste auf einen Schlag viele Phänomene zusammen, die schon länger beobachtet wurden. Insbesondere gab er der Vorstellung einen Namen, dass das Sozialstaatsniveau und die Lohnhöhe zunehmend globalen Prozessen angepasst werden müssten. So wird die Globalisierung vor allem als wirtschaftliches Phänomen wahrgenommen, doch ist der Grad der Vernetzung in manchen kulturellen Bereichen sogar höher. Angesichts der Vielschichtigkeit des Phänomens Globalisierung bietet sich eine sehr allgemeine Definition an: Mit dem Begriff „Globalisierung“ wird ein Prozess des Bedeutungsschwunds nationaler Grenzen für menschliche Aktivitäten bezeichnet, der mit einem Bedeutungsgewinn für globale Bezugspunkte einhergeht. Der Begriff wird nicht nur zur Beschreibung dieses Prozesses verwendet, sondern auch zur Begründung von Handlungsanleitungen. Wegen der Globalisierung solle man auf nationale Technologieförderung verzichten, nur moderate Lohnerhöhungen fordern, eine Welt-Umweltschutzbehörde gründen etc. Unter Verweis auf die Globalisierung werden somit die unterschiedlichsten politischen Positionen vertreten.

Was ist neu an der heutigen Globalisierung?

Wirtschaftshistoriker*innen weisen darauf hin, dass die Globalisierung mit den europäischen Eroberungsfahrten im ausgehenden 15. Jahrhundert begann. Bis zum Ersten Weltkrieg erreichte die Weltwirtschaft einen mit heute vergleichbaren hohen Stand an Verflechtung. Wieso kam es im 20. Jahrhundert zur Unterbrechung der Globalisierung? Beginnend mit dem Ersten Weltkrieg und verschärft durch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 brach der Weltmarkt im Zweiten Weltkrieg vollends zusammen. In der Nachkriegszeit erholte sich zwar der Weltmarkt wieder, doch für das hohe Wirtschaftswachstum dieser Zeit blieb er nachrangig. Aus den Problemen der Zwischenkriegszeit lernend, gaben die USA der Entwicklung ihres eigenen, sehr großen Binnenmarkts Vorrang. Dabei bedienten sie sich der Ideen des Keynesianismus. Steigende Staatsausgaben, eine starke Gewerkschaftsbewegung und die Einführung von Sozialkassen sicherten die Binnennachfrage.

Wird die Globalisierung als ein Prozess der Vertiefung und Verbreitung gesellschaftlicher Arbeitsteilung betrachtet, dann verlieren die Globalisierungsdebatten viel von ihrem Neuigkeitscharme. Bezogen auf die

grenzüberschreitende Arbeitsteilung haben sich bereits im 19. Jahrhundert drei noch heute wirksame Paradigmen entwickelt: die liberale, die wirtschaftsnationalistische und die marxistische „Schule“. Die erste begrüßt die grenzüberschreitende Arbeitsteilung, die zweite macht deren Nutzen von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig und die dritte hinterfragt prinzipiell den hierarchischen Charakter kapitalistischer Arbeitsteilung (Scherrer 2006).

Verlust der Souveränität des Nationalstaates?

Nationalstaaten definieren sich räumlich und üben Kontrolle über Menschen und Ressourcen innerhalb klar abgegrenzter Territorien aus. Im heutigen Nationalstaat befinden sich jedoch zunehmend Menschen und Unternehmen, die der Kontrolle ihrer Ursprungsländer unterliegen oder in anderen Ländern präsent sind. Deren eindeutige Zuordnung zu einem Territorium ist demnach nicht mehr gegeben. Das Souveränitätsprinzip besagt, dass Staaten über ein Gewalt- und Steuermonopol verfügen und keine Autorität über sich anerkennen. Doch Länder, die von einer der vielen Finanzkrisen erfasst wurden, entscheiden nicht mehr allein über ihren Staatshaushalt. Die Deckungsgleichheit von Betroffenheit und Mitsprachemöglichkeit, die den demokratischen Nationalstaat kennzeichnet, ist nur noch eingeschränkt gegeben. Allerdings waren in der Nachkriegsperiode nur die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China souverän. Im Rahmen des Ost-West-Konflikts brachten die westeuropäischen Länder ihr Militär in die unter US-Führung stehende Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) ein, und zwar noch vor der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die nationalstaatliche Souveränität hörte vor allem dort auf zu existieren, wo die USA ihre Interessen verletzt sahen. Vergleichbares galt für die Länder in der Einflusszone der Sowjetunion.

Zudem zeigt die Forschung zur Vielfalt kapitalistischer Gesellschaften auf, dass die Globalisierung nicht zur Vereinheitlichung wirtschaftspolitischer Optionen führt, sondern die bereits vorhandenen nationalen Profile eher verstärkt als vermindert. Analog zur Produktspezialisierung kann es deshalb auch zu einer spezifischen Ausprägung der wirtschaftspolitischen Institutionen kommen. Vergleichbar der Spezialisierung beim Warenhandel, spezialisieren sich die einzelnen Nationen auch hinsichtlich ihres Institutionengefüges, denn die jeweils verfolgte Produktstrategie bedarf ihres eigenen institutionellen Hintergrundes. Für viele Länder des Globalen Südens bedeutet dies ein Rückfall in die alte Arbeitsteilung als Rohstofflieferanten mit entsprechenden extraktivistischen politischen Institutionen.

Somit unterliegen Nationalstaaten wesentlichen Veränderungen, doch diese bedeuten nicht unbedingt eine Schwächung: Während die staatliche Kontrolle grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten abnimmt, nehmen zeitgleich in vielen Nationen die staatlichen Kompetenzen zur Überwachung der Bürger*innen zu. Zudem fördern einige Staaten wie die USA und Deutschland die Globalisierung selbst aktiv.

Auf abstrakter Ebene können die Auswirkungen der Globalisierung als eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der mobileren Elemente in der Gesellschaft gewertet werden. Mobilität ermöglicht eine Exit-Strategie. Diese nutzen insbesondere transnationale Unternehmen zur Senkung ihrer Steuerlast. Werden so die immobilen staatlichen Budgets zunächst mittelbar von der Globalisierung erfasst, reagieren Regierungen häufig darauf mit Maßnahmen, die die Bedingungen dafür schaffen, dass ihre Beschäftigten dem Konkurrenzdruck der Globalisierung direkt ausgesetzt werden. Sie versuchen, die Kosten durch Auslagerung von Aufgaben an private Anbieter zu drücken. Die damit einhergehenden Privatisierungen werden durch einen globalen „panoptischen Konstitutionalismus“ (Gill 2001) in Form von Handels- und Investitionsabkommen abgesichert.

Bilanz der Globalisierung

Die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und der sich daraus ergebende Wettbewerbsdruck steigerten zweifellos die Arbeitsproduktivität. Steigende Arbeitsproduktivität ist Quelle materiellen Reichtums, sie erhöht Verteilungsspielräume. Wem diese Spielräume jedoch zugutekommen, hängt in komplexer Weise von Macht und der Nachfrage nach den jeweiligen Arbeitskräften ab. Trotz rasanter Industrialisierung hat die Masse der Bevölkerung im Globalen Süden bezüglich des Einkommens und damit der Lebensqualität noch lange keinen Anschluss an den Norden gefunden. Zugleich wird die Bevölkerung des Nordens immer weniger an dem aus dem Vorsprung gewonnenen Reichtum beteiligt, dieser kommt zunehmend der Kapitalseite zugute. Dies drückt sich unter anderem durch eine zunehmende Deregulierung der Arbeitsmärkte in den westeuropäischen Staaten und eine damit einhergehende Prekarisierung der Lebensverhältnisse aus. Zeitgleich werden die sozialen Sicherungssysteme immer löchriger. Im Zuge dessen nimmt die soziale Ungleichheit auch in den Staaten des Globalen Nordens zu. In der Folge werden nationalistische Kräfte stärker, die einheimische Minderheiten bedrohen und gegenüber anderen Staaten ihre Interessen aggressiv vertreten. In seiner Konsequenz könnte dies eine Deglobalisierung einleiten.

Christoph Scherrer

Literatur

- Beck, Stefan (2014): *Vom fordistischen zum kompetitiven Merkantilismus. Die Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland*. Marburg.
- Gill, Stephen (2001): „Das Globale Panopticon. Finanzwesen und Überwachung nach dem Kalten Krieg“. In: *PROKLA*, Nr. 124, S. 353-382 (<https://doi.org/10.32387/prokla.v31i124.734>).
- Scherrer, Christoph (2006): „Globalisierung als grenzüberschreitende Restrukturierung der Arbeitsteilung. Theoretische Perspektiven“. In: Steffens, Gerd (Hg.): *Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung*. Münster, S. 18-34.